

Nordwest Zeitung



18. August 2018

Absage an steuerliche Auswüchse

WAHLPRÜFSTEINE Party Service Bund stellt Forderungen an Politik in Brake vor

Bundesgeschäftsführer Wolfgang Finken erläutert die Wahlprüfsteine des Verbandes. Gefordert wird unter anderem ein „reduzierter Mehrwertsteuersatz auf Gastfreundschaft“.

VON THOMAS KLAUS

BRAKE – Abstecher nach Brake: Wolfgang Finken, Bundesgeschäftsführer des Party Service Bundes Deutschland e.V. (PSB), hat in einem NWZ-Gespräch die Wahlprüfsteine des Verbandes zur Bundestagswahl am 24. September erläutert. Im PSB mit Hauptsitz in Bremen sind rund 500 Caterer und Partyservice-Unternehmer aus dem gesamten Bundesgebiet organisiert.

Der PSB sieht sich als ihr Interessenvertreter auch gegenüber der Politik in der Pflicht und will mit den Wahlprüfsteinen „eine Orientierungshilfe über den 24. September hinaus“ geben. Zu Brake hat der PSB eine beson-

dere Beziehung: Seine ersten Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2009 wurden in der Kreisstadt vorgestellt und der jetzigen CDU-Bundestagsabgeordneten Astrid Grotelüsch übergeben.

„Die Wahlprüfsteine basieren auf mehreren Umfragen unter den Mitgliedsbetrieben“, erläutert der Bundesgeschäftsführer. Übermittelt wurden sie der CDU/CSU, der SPD, den Grünen, der FDP, der Linken und der Alternative für

24. SEPTEMBER
2017

BUNDESTAGSWAHL

Deutschland. Finken: „Die AfD wurde von uns nach längerer Diskussion einbezogen, weil es sich um keine verbotene und um keine vom Verfassungsschutz verbotene Partei handelt.“

Gefordert wird unter anderem ein „reduzierter Mehrwertsteuersatz auf Gastfreundschaft“ von einheitlichen sieben Prozent. Gemeint sei damit, dass Essen steuer-



Geschäftsführer Wolfgang Finken.

BILD: THOMAS KLAUS

lich gleich behandelt werden müsse – und das unabhängig von der Art der Zubereitung und dem Verzehrort. Finken zufolge wird in 17 der 28 EU-Staaten kein Unterschied zwischen dem Essen aus dem Supermarkt, dem Essen im Gehen, dem Essen im Stehen und dem Essen im Restaurant gemacht. Das sei auch für Deutschland erstrebenswert, so der Branchen-Manager. Die jetzige Regelung führe zu Auswüchsen wie zum Beispiel

dem, „dass eine frisch zubereitete, servierte Suppe in Deutschland steuerlich schlechter gestellt wird, als die Tütensuppe aus dem Discounter“.

In den Wahlprüfsteinen werden außerdem Entlastungen bei der Bürokratie zum Thema gemacht. Vor allem die Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten im Zusammenhang mit dem Mindestlohngesetz stellen eine große Belastung dar, betonte Finken. Herausgehoben wird, „dass flexible Beschäftigungsformen für die Catering- und Partyservice-Branche von existenzieller Bedeutung sind“. Darüber hinaus plädiert der Verband für politische Maßnahmen, durch die noch mehr Frauen, Langzeitarbeitslose, Ältere und Flüchtlinge für den Arbeitsmarkt gewonnen werden können.

Eine Umgestaltung der Stromnetzentgeltverordnung zugunsten der kleinen und mittelständischen Unternehmen sei ebenso notwendig wie Verbesserungen bei der Schulverpflegung und Ernährungsbildung.